

Leistungsfeststellung und Leistungsbeurteilung in Bewegung und Sport

Eine Hilfestellung für Lehrerinnen und Lehrer

Zusammengestellung der Broschüre durch die
Schulaufsicht für Bewegungserziehung und Sport:

HR Mag. Reingard Anewanter
OStR Mag. Wolfgang Kaindl
HR Mag. Renate Macher-Meyenburg
Mag. Dr. Martin Molecz
Mag. Wolfgang Oebelsberger

mit Unterstützung des rechtsadministrativen Dienstes im
Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur:

MR Mag. Andrea Götz
MR Dr. Gerhard Münster

INHALTSVERZEICHNIS:

Leistungsfeststellung und Leistungsbeurteilung in Bewegung und Sport	4
Checkliste für Lehrer/innen zur Leistungsfeststellung und Leistungsbeurteilung:.....	6
Grundsätze der Leistungsfeststellung.....	6
Mitarbeit	7
Verhalten der Schüler/Innen / Leistungsrückgang.....	8
Exkurs: Erziehung durch die Schule, Schülerpflichten	8
Mündliche Übungen.....	10
Praktische Prüfungen.....	10
Grundsätze der Leistungsbeurteilung.....	12
Feststellungsprüfung	13
Nachtragsprüfung	14
Wiederholungsprüfung.....	15
Jahresprüfung im Rahmen der Reifeprüfung (Abschlussprüfung)	17
Jahresprüfung im Rahmen der AHS-Reifeprüfung.....	17
Jahresprüfung im Rahmen einer BMHS- bzw. BAKIP-Reifeprüfung (Abschlussprüfung)	18
Nichtteilnahme am Unterricht	19
Alltagsfälle einer Nichtteilnahme am Unterricht	20
Konsequenzen einer Nichtteilnahme für die Beurteilung.....	22

GRAFIKEN / ÜBERSICHTEN:

Beurteilungskriterien.....	4
Feststellungs- / Nachtragsprüfung.....	16
Ursachen und Konsequenzen für eine Nichtteilnahme am Unterricht	23

Leistungsfeststellung und Leistungsbeurteilung in Bewegung und Sport

Neben der Unterrichts- und Erziehungsaufgabe haben Lehrkräfte auch die Pflicht, die von ihnen unterrichteten Schüler/innen regelmäßig zu beurteilen. Sowohl bei der Beurteilung der einzelnen im Laufe des Unterrichtsjahres erbrachten Leistungen als auch bei der Jahresbeurteilung fungiert die Lehrperson als fachkundige/r „Gutachter/in“.

Grundlage der Leistungsbeurteilung sind die Ergebnisse der Leistungsfeststellungen („Befunderhebung“). Die dabei erbrachten Leistungen sind unter Berücksichtigung der Notenkriterien (in § 14 LBVO definiert) zu bewerten („Schlussfolgerung“). Eine genaue Kenntnis der maßgeblichen Bestimmungen, insbesondere jener der Leistungsbeurteilungsverordnung ist daher für diese auch rechtlich geprägte Tätigkeit der Lehrkräfte von entscheidender Bedeutung.

Um zu einer gesetzeskonformen Beurteilung zu gelangen, ist es notwendig, vorerst die wesentlichen Bereiche der Lehrplananforderungen zu definieren um danach in einem weiteren Schritt feststellen zu können, ob diese vom Schüler / von der Schülerin in der Durchführung der Aufgaben zumindest überwiegend oder aber nicht einmal überwiegend erfüllt werden.

Werden die wesentlichen Bereiche der Lehrplananforderungen nicht einmal überwiegend erfüllt, ist mit „Nicht genügend“ zu beurteilen. Es wird keine Aufstiegsberechtigung erteilt (Sonderfall: Aufsteigen mit einem „Nicht genügend“). Da es sich um die Verweigerung der Berechtigung zum Aufsteigen handelt, ist eine „Entscheidung“ auszustellen, gegen die berufen werden kann.

Bei der Beurteilung ist zu berücksichtigen, dass als „Befriedigend“ angesehen wird. Die Noten „Gut“ und „Sehr gut“ sind erst durch das Erbringen von Leistungen „in über das Wesentliche hinausgehendem Ausmaß“ sowie dem Nachweis einer gewissen Eigenständigkeit bzw. eines selbständigen Anwendens des Wissens und Könnens zu erlangen. Um Letzteres beurteilen zu können, sind daher von den Lehrkräften entsprechende Aufgaben und Übungen vorzusehen, die es den Schülern / Schülerinnen ermöglichen, dies zu belegen. Über die erbrachten Leistungen der Schüler/innen sind Aufzeichnungen zu führen.

Die nachstehende Übersicht soll die Kriterien der Leistungsbeurteilung und deren Relevanz für die einzelnen Kalküle veranschaulichen.

		Beurteilungskriterien	
		Erfassung und Anwendung des Lehrstoffes; Durchführung der Aufgaben	Eigenständigkeit
Kalküle	Sehr gut	in weit über das Wesentliche hinausgehendem Ausmaß erfüllt	muss deutlich vorliegen
	Gut	in über das Wesentliche hinausgehendem Ausmaß erfüllt	merkliche Ansätze (wo dies möglich ist)
	Befriedigend	in den wesentlichen Bereichen zur Gänze erfüllt	Mängel bei der Durchführung der Aufgaben werden durch merkliche Ansätze ausgeglichen
	Genügend	in allen wesentlichen Bereichen überwiegend erfüllt	
	Nicht genügend	in den wesentlichen Bereichen nicht einmal überwiegend erfüllt	
			Selbständiges Anwenden des Wissens und Könnens
			muss vorliegen (wo dies möglich ist)
			bei entsprechender Anleitung (wo dies möglich ist)

Wichtigstes Beurteilungskriterium ist daher immer „das Wesentliche“ des Lehrplans. Dieses „Wesentliche“ ist von den Lehrer/innen unter Beachtung des Lehrplanes festzulegen (Jahresplanung) und den Schülern bzw. Erziehungsberechtigten mitzuteilen (Informationspflicht).

SchUG § 18 (3) Durch die Noten ist die Selbstständigkeit der Arbeit, die Erfassung und die Anwendung des Lehrstoffes, die Durchführung der Aufgaben und die Eigenständigkeit des Schülers zu beurteilen.
LBVO § 14 (5) Mit "Genügend" sind Leistungen zu beurteilen, mit denen der Schüler die nach Maßgabe des Lehrplanes gestellten Anforderungen in der Erfassung und in der Anwendung des Lehrstoffes sowie in der Durchführung der Aufgaben in den wesentlichen Bereichen überwiegend erfüllt.
LBVO § 14 (6) Mit "Nicht genügend" sind Leistungen zu beurteilen, mit denen der Schüler nicht einmal alle Erfordernisse für die Beurteilung mit "Genügend" (Abs. 5) erfüllt.
LBVO § 14 (4) Mit "Befriedigend" sind Leistungen zu beurteilen, mit denen der Schüler die nach Maßgabe des Lehrplanes gestellten Anforderungen in der Erfassung und in der Anwendung des Lehrstoffes sowie in der Durchführung der Aufgaben in den wesentlichen Bereichen zur Gänze erfüllt; dabei werden Mängel in der Durchführung durch merkliche Ansätze zur Eigenständigkeit ausgeglichen.
LBVO § 14 (3) Mit "Gut" sind Leistungen zu beurteilen, mit denen der Schüler die nach Maßgabe des Lehrplanes gestellten Anforderungen in der Erfassung und in der Anwendung des Lehrstoffes sowie in der Durchführung der Aufgaben in über das Wesentliche hinausgehendem Ausmaß erfüllt und, wo dies möglich ist, merkliche Ansätze zur Eigenständigkeit beziehungsweise bei entsprechender Anleitung die Fähigkeit zur Anwendung seines Wissens und Könnens auf für ihn neuartige Aufgaben zeigt.
LBVO § 14 (2) Mit "Sehr gut" sind Leistungen zu beurteilen, mit denen der Schüler die nach Maßgabe des Lehrplanes gestellten Anforderungen in der Erfassung und in der Anwendung des Lehrstoffes sowie in der Durchführung der Aufgaben in weit über das Wesentliche hinausgehendem Ausmaß erfüllt und, wo dies möglich ist, deutliche Eigenständigkeit beziehungsweise die Fähigkeit zur selbstständigen Anwendung seines Wissens und Könnens auf für ihn neuartige Aufgaben zeigt.

Checkliste für Lehrer/innen zur Leistungsfeststellung und Leistungsbeurteilung:

Checkliste

Gesetzliche Grundlagen

Grundsätze der Leistungsfeststellung

- Definition des „Wesentlichen“ durch die Erstellung einer Jahresplanung mit Hinweis auf die wesentlichen Anforderungen.

Lehrplan AHS und Hauptschule, Allgemeiner Teil, Allgemeine Didaktische Grundsätze
9. Sicherung des Unterrichtsertrages und Rückmeldungen; Leistungsbeurteilung:

... Für die Bestimmung des Wesentlichen für die Leistungsbeurteilung sind bei den Lehrstoffangaben jedes Faches auch die jeweiligen Beiträge zu den Bildungsbereichen, zu den Aufgabebereichen der Schule und zu den Leitvorstellungen zu beachten. Im Rahmen der Bestimmungen über die Leistungsbeurteilung (Leistungsbeurteilungsverordnung) sind auch Methodenkompetenz und Teamkompetenz in die Leistungsbeurteilung so weit einzubeziehen, wie sie für den Unterrichtserfolg im jeweiligen Unterrichtsgegenstand relevant sind.

Die Schülerinnen und Schüler sind in die Planung und Gestaltung, Kontrolle und Analyse ihrer Arbeitsprozesse und Arbeitsergebnisse in zunehmendem Maße aktiv einzubeziehen, damit sie schrittweise Verantwortung für die Entwicklung ihrer eigenen Kompetenzen übernehmen können.

Lehrplan AHS und Hauptschule, Allgemeiner Teil, Schul- und Unterrichtsplanung

1. Unterrichtsplanung der Lehrerinnen und Lehrer:

Die Lehrerinnen und Lehrer haben ihre Unterrichts- und Erziehungsarbeit in verantwortungsbewusster und eigenständiger Weise auf der Grundlage des Lehrplans und schulautonomer Lehrplanbestimmungen zu planen. ...

Die Unterrichtsplanung umfasst die zeitliche Verteilung sowie die Gewichtung der Ziele und Inhalte. Sie bezieht sich auch auf die Methoden, die zur Bearbeitung der Inhalte und zur Erreichung der Ziele angewendet werden sowie auf die Lehrmittel und Medien, die eingesetzt werden. Die Planung erfolgt in mehreren Schritten, als Jahresplanung sowie als ergänzende mittel- und kurzfristige Planung während des Schuljahres.

Lehrplan für Bewegung und Sport ab der 9. Schulstufe (ausgenommen die Polytechnische Schule)

...Entsprechend den örtlichen Möglichkeiten an den einzelnen Schulen verbessert eine langfristige Unterrichtsplanung der einzelnen Schulstufen in Form eines „Schulplans“ den koordinierten Unterrichtsablauf (zB Nutzung von dislozierten Übungsstätten, Schulveranstaltungen, schulbezogene Veranstaltungen, Kooperationen mit außerschulischen Partnern, Berücksichtigung des Schulprofiles usw.)

Bei einer auf die jeweilige Schulstufe bezogenen Jahresplanung, die die Konkretisierung des Lehrstoffes und die zeitliche Verteilung im Schuljahr festlegt, ist darauf zu achten, dass die Schülerinnen und Schüler im Unterricht die verschiedenen Sinnerspektiven sportlichen Handelns (Bewegungshandlungen) erfahren können. ...

Lehrplan AHS, Allgemeiner Teil, Schul- und Unterrichtsplanung,

4. Leistungsfeststellung :

Die Lehrerinnen und Lehrer haben ihr Gesamtkonzept der Rückmeldung und Leistungsfeststellung den Schülerinnen und Schülern sowie den Erziehungsberechtigten in geeigneter Weise bekannt zu geben. ...

- Die Ziele und Schwerpunkte des Unterrichts (das „Wesentliche“) sowie die Grundsätze der Leistungsfeststellung sind den Schüler/innen und Erziehungsberechtigten bekannt zu geben.

- Über die Leistungen der Schüler/innen sind schriftliche Aufzeichnungen zu führen, um diese dokumentieren zu können.

- Zur Leistungsfeststellung in Bewegung und Sport dürfen nur folgende Formen herangezogen werden:
- Mitarbeit
 - Mündliche Übungen
 - Schriftliche Überprüfungen (werden in der Praxis keine Rolle spielen)
 - Praktische Prüfungen

LB-VO § 4 (3) Aufzeichnungen über diese Leistungsfeststellungen sind so oft und so eingehend vorzunehmen, wie dies für die Leistungsbeurteilung erforderlich ist.

LB-VO § 3. (1) Der Leistungsfeststellung zum Zweck der Leistungsbeurteilung dienen:

die Feststellung der Mitarbeit der Schüler im Unterricht,

a) besondere mündliche Leistungsfeststellungen aa) mündliche Prüfungen,

bb) mündliche Übungen,

b) besondere schriftliche Leistungsfeststellungen aa) Schularbeiten,

bb) schriftliche Überprüfungen (Tests, Diktate),

c) besondere praktische Leistungsfeststellungen,

d) besondere graphische Leistungsfeststellungen.

LB-VO § 3. (11) Mündliche Prüfungen sind unzulässig: ... in Bewegung und Sport...

LB-VO § 7. (2) Die Anzahl der Schularbeiten und gegebenenfalls auch deren Aufteilung im Unterrichtsyear wird durch den Lehrplan festgelegt.

Mitarbeit

- Zur Mitarbeit zählen alle Leistungen, die Schüler/innen im Unterricht erbringen (Sach-/Selbst-/Sozialkompetenz), ausgenommen Prüfungen.
- Zur Mitarbeit zählt nicht das Verhalten der Schüler/innen. (siehe Seite 8)

BEISPIEL
Die Beobachtung und Überprüfung/Bewertung des Hüftaufschwunges, der Weite beim Weitsprung: das Kennen der Baderegeln, das Wissen über Formen des Aufwärmens, das eigenständige Lösen von Aufgaben, Einsatz, Leistungs- und Hilfsbereitschaft, Teamkompetenz, ...

- Über die Leistungen der Mitarbeit sind laufend Aufzeichnungen zu führen.
- Erwiesener Leistungswille ist bei mangelnden Anlagen der Schüler/innen bei der Beurteilung zu berücksichtigen (gilt nicht in Schulen mit sportlichem Schwerpunkt und BAKIPs).
- Bei Schüler/innen mit körperlicher Behinderung sind diese Behinderungen zu berücksichtigen. Allerdings müssen die Bildungs- und Lehraufgaben des Lehrplans für Bewegung und Sport erreicht werden.
- Laufende Aufzeichnungen über die Anwesenheit der Schüler/innen sind nützlich, für die Leistungsbeurteilung aber nicht relevant.
- Hausübungen:
Hausübungen zählen zur Mitarbeit und dürfen in Bewegung und Sport gegeben werden.

BEISPIEL
Die Schüler/innen erhalten den Auftrag, besondere Übungen zum Aufwärmen vorzubereiten.

LBVO § 4. (1) Die Feststellung der Mitarbeit des Schülers im Unterricht umfasst den Gesamtbereich der Unterrichtsarbeit in den einzelnen Unterrichtsgegenständen und erfasst:

- a) in die Unterrichtsarbeit eingebundene mündliche, schriftliche, praktische und graphische Leistungen,
- b) Leistungen im Zusammenhang mit der Sicherung des Unterrichtsertrages einschließlich der Bearbeitung von Hausübungen, Leistungen bei der Erarbeitung neuer Lehrstoffe,
- c) Leistungen im Zusammenhang mit dem Erfassen und Verstehen von unterrichtlichen Sachverhalten,
- d) Leistungen im Zusammenhang mit der Fähigkeit, Erarbeitetes richtig einzuordnen und anzuwenden. Bei der Mitarbeit sind Leistungen zu berücksichtigen, die der Schüler in Alleinarbeit erbringt und Leistungen des Schülers in der Gruppen- und Partnerarbeit.

LBVO § 4 (2) Einzelne Leistungen im Rahmen der Mitarbeit sind nicht gesondert zu beurteilen

LBVO § 4 (3) Aufzeichnungen über diese Leistungsfeststellungen sind so oft und so eingehend vorzunehmen, wie dies für die Leistungsbeurteilung erforderlich ist.

SchUG § 18 (8) Bei der Beurteilung der Leistungen eines Schülers in ... Bewegung und Sport sind mangelnde Anlagen und mangelnde körperliche Fähigkeiten bei erwiesenem Leistungswillen zugunsten des Schülers zu berücksichtigen. Dieser Absatz gilt insoweit nicht, als einer der genannten Gegenstände für die Aufgabe einer Schularbeit von besonderer Bedeutung ist.

SchUG § 18 (6) Schüler, die wegen einer körperlichen Behinderung eine entsprechende Leistung nicht erbringen können oder durch die Leistungsfeststellung gesundheitlich gefährdet wären, sind entsprechend den Forderungen des Lehrplanes unter Bedachtnahme auf den wegen der körperlichen Behinderung bzw. gesundheitlichen Gefährdung erreichbaren Stand des Unterrichtserfolges zu beurteilen, soweit die Bildungs- und Lehraufgabe des betreffenden Unterrichtsgegenstandes grundsätzlich erreicht wird.

SchUG § 17 (2) Zur Ergänzung der Unterrichtsarbeit können den Schülern auch Hausübungen aufgetragen werden, die jedoch so vorzubereiten sind, dass sie von den Schülern ohne Hilfe anderer durchgeführt werden können. ... Hausübungen, die an Samstagen, Sonntagen oder Feiertagen oder während der Weihnachtsferien, der Semesterferien, der Osterferien, der Pfingstferien oder der Hauptferien erarbeitet werden müssten, dürfen ... nicht aufgetragen werden.

LBVO § 4. (1) Die Feststellung der Mitarbeit des Schülers im Unterricht umfasst ...
b) Leistungen im Zusammenhang mit der Sicherung des Unterrichtsertrages einschließlich der Bearbeitung von Hausübungen, ...

Verhalten der Schüler/innen / Leistungsrückgang

- Das Verhalten der Schüler/innen ist nicht in die Leistungsbeurteilung einzubeziehen.
Bei Fehlverhalten sind Erziehungsmaßnahmen zu setzen (Scho) und ist Kontakt mit den Erziehungsberechtigten aufzunehmen.

Die vergessene Sportkleidung und das Zuspätkommen zum Unterricht sind keine Mitarbeitsergebnisse, sondern Bestandteile des Verhaltens (Nichtbeachtung von Schülerpflichten)

HINWEIS

SchUG § 18 (5) Das Verhalten des Schülers in der Schule (§ 21) darf in die Leistungsbeurteilung nicht einbezogen werden.
SchUG § 21 (3) Durch die Noten für das Verhalten des Schülers in der Schule ist zu beurteilen, inwieweit sein persönliches Verhalten und seine Einordnung in die Klassengemeinschaft den Anforderungen der Schulordnung bzw. der Hausordnung entsprechen.

Exkurs: Erziehung durch die Schule, Schülerpflichten

Rechtsquellen zu Schülerpflichten:

SchUG § 43. (1) Die Schüler sind verpflichtet, durch ihre Mitarbeit und ihre Einordnung in die Gemeinschaft der Klasse und der Schule an der Erfüllung der Aufgabe der österreichischen Schule (§ 2 des Schulorganisationsgesetzes) mitzuwirken und die Unterrichtsarbeit zu fördern. Sie haben den Unterricht (und den Betreuungsteil an ganztägigen Schulformen, zu dem sie angemeldet sind) regelmäßig und pünktlich zu besuchen, die erforderlichen Unterrichtsmittel mitzubringen und die Schulordnung bzw. die Hausordnung einzuhalten.
SchUG § 45. (3) Der Schüler hat den Klassenvorstand oder den Schulleiter von jeder Verhinderung ohne Aufsichtsbuch schriftlich oder schriftlich unter Angabe des Grundes zu benachrichtigen. Auf Verlangen des Klassenvorstandes oder des Schulleiters hat die Benachrichtigung jedenfalls schriftlich zu erfolgen. Bei einer länger als eine Woche dauernden Erkrankung oder Erholungsbedürftigkeit oder bei häufigerem krankheitsbedingtem kürzerem Fernbleiben kann der Klassenvorstand oder der Schulleiter die Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses verlangen, sofern Zweifel darüber bestehen, ob eine Krankheit oder Erholungsbedürftigkeit gegeben war.
Scho § 3 (1) Bei verspätetem Eintreffen zum Unterricht, zu einer Schulveranstaltung und einer schulbezogenen Veranstaltung hat der Schüler dem Lehrer den Grund seiner Verspätung anzugeben.
Scho § 3 (3) Das verspätete Eintreffen des Schülers zum Unterricht, zu Schulveranstaltungen und schulbezogenen Veranstaltungen, das vorzeitige Verlassen sowie das Fernbleiben von der Schule sind im Klassenbuch zu vermerken. Beim Fernbleiben von der Schule ist auch der Rechtfertigungsgrund anzuführen.
Scho § 4 (1) Die Schüler haben am Unterricht, an den Schulveranstaltungen und den schulbezogenen Veranstaltungen in einer den jeweiligen Erfordernissen entsprechenden Kleidung teilzunehmen.
Scho § 4 (2) Die Schüler haben die notwendigen Unterrichtsmittel mitzubringen und in einem dem Unterrichtszweck entsprechenden Zustand zu erhalten.
Scho § 4 (3) Die Schüler haben sämtliche Einrichtungen und Anlagen der Schule einschließlich der zur Verfügung gestellten Arbeitsmittel schonend zu behandeln.

Rechtsquellen zu Erziehungsmitteln:

SchUG § 47 (1) Im Rahmen der Mitwirkung der Schule an der Erziehung der Schüler (§ 2 des Schulorganisationsgesetzes) hat der Lehrer in seiner Unterrichts- und Erziehungsarbeit die der Erziehungssituation angemessenen persönlichkeits- und gemeinschaftsbildenden Erziehungsmittel anzuwenden, die insbesondere Anerkennung, Aufforderung oder Zurechtweisung sein können.
Scho § 8 (1) Im Rahmen des § 47 Abs. 1 des Schulunterrichtsgesetzes sind folgende Erziehungsmittel anzuwenden:

a) bei positivem Verhalten des Schülers:

Ermutigung,

Anerkennung,

Lob.

Dank;

b) bei einem Fehlverhalten des Schülers:

Aufforderung,

Zurechtweisung,

Erteilung von Aufträgen zur nachträglichen Erfüllung versäumter Pflichten,

beratendes bzw. belehrendes Gespräch mit dem Schüler,

beratendes bzw. belehrendes Gespräch unter Beiziehung der Erziehungsberechtigten,

Verwarnung.

Die genannten Erziehungsmittel können vom Lehrer, vom Klassenvorstand und vom Schulleiter, in besonderen Fällen auch von der Schulbehörde erster Instanz angewendet werden.

SchUG § 47 (2) Wenn es aus erzieherischen Gründen oder zur Aufrechterhaltung der Ordnung notwendig erscheint, kann der Schulleiter einen Schüler in eine Parallelklasse, bei lehrgangsmäßigen Berufsschulen auch in einen anderen Lehrgang versetzen. Wenn mit einer solchen Maßnahme nicht das Auslangen gefunden werden kann, kann die Schulkonferenz (bei Schulen, die in Fachabteilungen gegliedert sind, die Abteilungskonferenz) die Stellung eines Antrages auf Ausschluss des Schülers (§ 49 Abs. 2) androhen.

SchUG § 47 (3) Körperliche Züchtigung, beleidigende Äußerungen und Kollektivstrafen sind verboten.

SchUG § 47 (4) Im Rahmen der Mitwirkung an der Erziehung kann das Verhalten des Schülers außerhalb der Schule berücksichtigt werden; hierbei dürfen nur Maßnahmen gemäß Abs. 1 und § 48 gesetzt werden. Eine Bestrafung für ein Verhalten, das Anlass zu Maßnahmen der Erziehungsberechtigten, der Jugendwohlfahrtsbehörden, sonstiger Verwaltungsbehörden oder der Gerichte ist, ist unzulässig.

SchUG § 48 Wenn es die Erziehungssituation eines Schülers erfordert, haben der Klassenvorstand oder der Schulleiter (der Abteilungsvorstand) das Einvernehmen mit den Erziehungsberechtigten zu pflegen. Wenn die Erziehungsberechtigten ihre Pflichten offenbar nicht erfüllen oder in wichtigen Fragen uneinig sind, hat der Schulleiter dies dem zuständigen Jugendwohlfahrtsträger gemäß § 37 des Jugendwohlfahrtsgesetzes, BGBl. Nr. 161/1989, in der jeweils geltenden Fassung, mitzuteilen.

Rechtsquellen zum Ausschluss von Schülern:

SchUG § 49 (1) Wenn ein Schüler seine Pflichten (§ 43) in schwer wiegender Weise verletzt und die Anwendung von Erziehungsmitteln gemäß § 47 oder von Maßnahmen gemäß der Hausordnung erfolglos bleibt oder wenn das Verhalten eines Schülers eine dauernde Gefährdung von Mitschülern oder anderer an der Schule tätigen Personen hinsichtlich ihrer Sittlichkeit, körperlichen Sicherheit oder ihres Eigentums darstellt, ist der Schüler von der Schule auszuschließen. An allgemein bildenden Pflichtschulen ist ein Ausschluss nur zulässig, wenn das Verhalten des Schülers eine dauernde Gefährdung von Mitschülern oder anderer an der Schule tätigen Personen hinsichtlich ihrer Sittlichkeit, körperlichen Sicherheit oder ihres Eigentums darstellt und die Erfüllung der Schulpflicht gesichert ist.

SchUG § 49 (2) Bei Vorliegen der Voraussetzungen nach Abs. 1 hat die Schulkonferenz (bei Schulen, die in Fachabteilungen gegliedert sind, die Abteilungskonferenz) einen Antrag auf Ausschluss des Schülers an die Schulbehörde erster Instanz zu stellen. Dem Schüler ist vor der Beschlussfassung über die Antragstellung Gelegenheit zur Rechtfertigung zu geben. Überdies ist den Erziehungsberechtigten Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Die Schulkonferenz hat bei ihrer Beratung die für und gegen den Ausschluss sprechenden Gründe zu berücksichtigen und ihren Antrag zu begründen. Eine Zweitschrift des Antrages ist dem Schüler zuzustellen.

SchUG § 49 (3) Die Schulbehörde erster Instanz hat bei Gefahr im Verzug auszusprechen, dass der Schüler vom weiteren Schulbesuch suspendiert wird. Die Suspendierung darf mit höchstens vier Wochen bemessen werden; sie ist unverzüglich aufzuheben, sobald sich im Zuge des Verfahrens ergibt, dass die Voraussetzungen nach Abs. 1 nicht oder nicht mehr gegeben sind. Der Schüler ist berechtigt, sich während der Suspendierung über den durchgenommenen Lehrstoff regelmäßig zu informieren. Am Ende eines Unterrichtsjahres ist dem Schüler Gelegenheit zur Ablegung einer Feststellungsprüfung gemäß § 20 Abs. 2 zu geben, soweit eine Beurteilung wegen der Dauer der Suspendierung sonst nicht möglich wäre.

SchUG § 49 (4) Die Schulbehörde erster Instanz hat nach Durchführung des Ermittlungsverfahrens die Beendigung des Ausschlussverfahrens festzustellen, wenn die Voraussetzungen im Sinne des Abs. 1 für einen Ausschluss nicht vorliegen. Sie kann zugleich dem Schüler eine Rüge erteilen oder eine Maßnahme nach § 47 Abs. 2 anordnen, wenn sein Verhalten zwar einen Ausschluss nicht begründet, er aber sonst gegen seine Pflichten verstoßen hat. Andernfalls hat die Schulbehörde erster Instanz den Ausschluss des Schülers mit Bescheid auszusprechen.

Leistungsrückgang (Frühwarnsystem):

Gehen die Leistungen eines Schülers / einer Schülerin merklich zurück, ist der Kontakt mit den Erziehungsberechtigten aufzunehmen.

SchUG § 19. (3) Wenn die Leistungen eines Schülers allgemein oder in einzelnen Unterrichtsgegenständen in besonderer Weise nachlassen, hat der Klassenvorstand oder der Lehrer des betreffenden Unterrichtsgegenstandes mit den Erziehungsberechtigten Verbindung aufzunehmen.

SchUG § 19. (3a) Wenn die Leistungen des Schülers auf Grund der bisher erbrachten Leistungen in einem Pflichtgegenstand zum Ende des 1. oder des 2. Semesters mit „Nicht genügend“ zu beurteilen wären, ist dies den Erziehungsberechtigten unverzüglich mitzuteilen und dem Schüler sowie den Erziehungsberechtigten vom Klassenvorstand oder vom unterrichtenden Lehrer Gelegenheit zu einem beratenden Gespräch zu geben (Frühwarnsystem). Dabei sind insbesondere Fördermaßnahmen zur Vermeidung dieser negativen Beurteilung ... zu erarbeiten und zu beraten. ...

Auffälliges Verhalten

(Frühinformationssystem):

Ist das Verhalten von Schüler/innen auffällig, erfüllen die Schüler/innen ihre Pflichten nicht, ist unverzüglich Kontakt mit den Erziehungsberechtigten aufzunehmen.

SchUG § 19. (4) Wenn das Verhalten eines Schülers auffällig ist, wenn der Schüler seine Pflichten gemäß § 43 Abs. 1 in schwerwiegender Weise nicht erfüllt oder wenn es die Erziehungssituation sonst erfordert, ist dies den Erziehungsberechtigten unverzüglich mitzuteilen und dem Schüler sowie den Erziehungsberechtigten vom Klassenvorstand oder vom unterrichtenden Lehrer im Sinne des § 48 Gelegenheit zu einem beratenden Gespräch zu geben (Frühinformationssystem). ...

SchUG § 19. (9) Ist ein Fernbleiben des Schülers vom Unterricht in besonderer Weise gegeben, ist mit den Erziehungsberechtigten Verbindung aufzunehmen.

Mündliche Übungen

- Mündliche Übungen („Referate“) dürfen in Bewegung und Sport durchgeführt werden.

BEISPIEL
Schüler/innen erklären die Regeln einer speziellen Sportart, erläutern Methoden der Pulskontrolle,...

- Das Thema einer mündlichen Übung ist eine Woche vorher festzulegen.
- Die Dauer ist begrenzt:
1.-8. Schulstufe: max. 10 Minuten
9.-13. Schulstufe: max. 15 Minuten

Praktische Prüfungen

- Praktische Prüfungen dürfen nur dann durchgeführt werden, wenn die Leistungen der Mitarbeit für eine sichere Beurteilung nicht ausreichen.
- Praktische Prüfungen dürfen nur im unbedingt notwendigen Ausmaß durchgeführt werden.
- In praktische Prüfungen dürfen neben praktischen Aufgabenstellungen auch mündliche, schriftliche und grafische Arbeitsformen einbezogen werden.

Prüfungsaufgabe:

BEISPIEL
Wärme dich für den Weitsprung auf und erkläre, warum du bestimmte Übungen machst und welche Muskelgruppen dabei angesprochen werden. Demonstriere einen Hängsprung und erläutere die Wettkampfgeln für den Weitsprung,....

- Bei praktischen Prüfungen darf nur geprüft werden, was zuvor ausreichend im Unterricht geübt worden ist.
- Auf Fehler, die während einer Prüfung auftreten, ist sofort hinzuweisen.

LBVO § 6 (1) Mündliche Übungen bestehen aus einer systematischen und zusammenhängenden Behandlung eines im Lehrplan vorgesehenen Stoffgebietes oder eines Themas aus dem Erlebnis- und Erfahrungsbereich des Schülers durch den Schüler (wie Referate, Redeübungen und dgl.).

LBVO § 6 (2) Das Thema der mündlichen Übung ist spätestens eine Woche vorher festzulegen.

LBVO § 6 (4) Die mündliche Übung eines Schülers soll in den allgemein bildenden Pflichtschulen sowie in der Unterstufe der allgemein bildenden höheren Schulen nicht länger als 10 Minuten, ansonsten nicht länger als 15 Minuten dauern.

LBVO § 9. (1) Praktische Leistungsfeststellungen sind in Form von praktischen Prüfungen durchzuführen, die das Ergebnis der lehrplanmäßig vorgesehenen Arbeiten und sonstigen praktischen Tätigkeiten der Schüler als Grundlage haben.
LBVO § 9 (2) Praktische Prüfungen dürfen nur durchgeführt werden, wenn die Feststellung der Mitarbeit des Schülers im Unterricht für eine sichere Leistungsbeurteilung für ein Semester oder für eine Schulstufe nicht ausreicht.

LBVO § 9 (3) Bei der Durchführung praktischer Leistungsfeststellungen sind die Grundsätze des pädagogischen Ertrages und der Sparsamkeit zu beachten.

LBVO § 3 (2) ... Bei praktischen Leistungsfeststellungen ist die Einbeziehung mündlicher, schriftlicher, praktischer und graphischer Arbeitsformen zulässig.

LBVO § 9 (5) Praktische Leistungsfeststellungen in einem Übungsbereich dürfen nur dann durchgeführt werden, wenn dem Schüler angemessene Gelegenheit zur Übung in diesem Übungsbereich geboten wurde. Häusliche Arbeit darf für praktische Leistungsfeststellungen nicht herangezogen werden.

LBVO § 9. (4) Auf Fehler, die während einer praktischen Leistungsfeststellung auftreten und die die weitere Lösung der Aufgabe wesentlich beeinflussen, ist nach Möglichkeit sogleich hinzuweisen.

- Hinsichtlich der Dauer einer praktischen Prüfung gibt es keine rechtlichen Bestimmungen. Die Dauer ist nur für die VS, HS und AHS bei folgenden praktischen Prüfungen geregelt:
Feststellungsprüfung, Nachtragsprüfung, Wiederholungsprüfung: 30-50 Minuten;
Jahresprüfung im Rahmen der AHS-Reifeprüfung: max. 15 Minuten.
Für alle anderen Fälle ist jene Zeit aufzuwenden, die für die Gewinnung der erforderlichen Beurteilungsgrundlage notwendig ist.
- Hinsichtlich der Anzahl der Aufgabenstellungen gibt es keine rechtlichen Bestimmungen.
- Die Beurteilung einer praktischen Prüfung ist spätestens in der nächsten Unterrichtsstunde bekannt zu geben.
- Auf Wunsch des Schülers / der Schülerin ist eine praktische Prüfung innerhalb von 14 Tagen durchzuführen, wenn die Möglichkeit dazu besteht.

Durchführung von Feststellungs- und Nachtragsprüfungen:

LBVO § 21 (4) ... Die Dauer einer praktischen Teilprüfung hat in den allgemein bildenden Schulen 30 bis 50 Minuten zu betragen; bei den übrigen Schulen ist die für die Gewinnung der erforderlichen Beurteilungsgrundlage notwendige Zeit zur Verfügung zu stellen.

Durchführung von Wiederholungsprüfungen:

LBVO § 22 (6) ... Die Dauer einer praktischen Teilprüfung hat in den allgemein bildenden Schulen 30 bis 50 Minuten zu betragen. Bei den übrigen Schulen ist für die praktische Teilprüfung die für die Gewinnung der erforderlichen Beurteilungsgrundlage notwendige Zeit zur Verfügung zu stellen.

Durchführung der AHS-Reifeprüfung:

RPVO § 31 Auf die Durchführung der allfälligen praktischen Klausurarbeiten ist § 36 anzuwenden

RPVO § 36 (3) Zur Vorbereitung auf jede Teilprüfung ist jedem Prüfungskandidaten eine angemessene Frist, insbesondere bei graphischen oder praktischen Aufgabenstellungen, mindestens jedoch 20 Minuten, einzuräumen.

RPVO § 36 (3) ... Die Prüfungszeit darf für eine Teilprüfung 15 Minuten nicht überschreiten und fünf Minuten nicht unterschreiten...

LBVO § 9 (2) ... bei Leistungsfeststellungen gemäß § 3 Abs. 1 lit. d [praktische Prüfung] ist dem Schüler die Beurteilung am nächsten Unterrichtstag, an dem der betreffende Unterrichtsgegenstand wieder unterrichtet wird, bekannt zu geben. Die für die Beurteilung maßgeblichen Vorzüge und Mängel seiner Leistung sind dem Schüler mit der Beurteilung bekannt zu geben, ohne ihn jedoch zu entmutigen oder seine Selbstachtung zu beeinträchtigen.

LBVO § 9 (2) ... Überdies hat der Schüler das Recht, in Unterrichtsgegenständen mit überwiegend praktischer Tätigkeit in jedem Semester eine praktische Prüfung auf Verlangen abzulegen; der gewünschte Prüfungstermin ist dem prüfenden Lehrer mindestens zwei Wochen vorher bekannt zu geben; dem Terminwunsch ist nach Möglichkeit zu entsprechen.

Grundsätze der Leistungsbeurteilung

- Für die Beurteilung am Ende eines Unterrichtsjahres sind alle erbrachten Leistungen zu berücksichtigen (Mitarbeit, mündliche Übungen, praktische Prüfungen), bei größerer Gewichtung des zuletzt erbrachten Leistungsstands.

Hinweis:

Gehen die Leistungen eines Schülers/einer Schülerin merklich zurück, ist Kontakt mit den Erziehungsberechtigten aufzunehmen. (siehe Seite 9 bei Leistungsrückgang)

- Ist eine Beurteilung in Bewegung und Sport mangels ausreichender Informationen über das Leistungsvermögen der Schüler/Innen wegen längerer Fernbleibens oder ähnlichen Ausnahmefällen nicht möglich, ist eine Feststellungsprüfung durchzuführen (siehe Seite 13).
- Ist eine positive Ablegung der Feststellungsprüfung nicht zu erwarten, da der Schüler / die Schülerin ohne eigenes Verschulden zu viel vom Unterricht versäumt hat, ist eine Nachtragsprüfung anzusetzen (siehe Seite 14)

- An Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik darf nicht mehr als das Achtfache der wöchentlichen Stundenanzahl versäumt werden. Andernfalls ist eine praktische Prüfung abzulegen. Ist die Ablegung dieser Prüfung nicht möglich, ist eine vierwöchige facheinschlägige Ferialpraxis nachzuweisen und am Beginn des folgenden Schuljahres die Prüfung abzulegen. Werden diese Bestimmungen nicht erfüllt, ist der Schüler / die Schülerin nicht zu beurteilen. Ein Aufsteigen in die nächsthöhere Schulstufe ist in diesem Fall nicht möglich.

SchUG § 18. (1) Die Beurteilung der Leistungen der Schüler in den einzelnen Unterrichtsgegenständen hat der Lehrer durch Feststellung der Mitarbeit der Schüler im Unterricht sowie durch besondere in die Unterrichtsarbeit eingeordnete mündliche, schriftliche und praktische oder nach anderen Arbeitsformen ausgerichtete Leistungsfeststellungen zu gewinnen. ... SchUG § 20. (1) Der Beurteilung der Leistungen eines Schülers in einem Unterrichtsgegenstand auf einer ganzen Schulstufe hat der Lehrer alle in dem betreffenden Unterrichtsgegenstand erbrachten Leistungen (§ 18) zugrunde zu legen, wobei dem zuletzt erreichten Leistungsstand das größere Gewicht zuzumessen ist. ...

SchUG § 20. (2) Wenn sich bei längerem Fernbleiben des Schülers vom Unterricht und in ähnlichen Ausnahmefällen auf Grund der nach § 18 Abs. 1 gewonnenen Beurteilung eine sichere Beurteilung für die ganze Schulstufe nicht treffen lässt, hat der Lehrer eine Prüfung durchzuführen, von der der Schüler zwei Wochen vorher zu verständigen ist (Feststellungsprüfung). SchUG § 20. (3) Wenn ein Schüler ohne eigenes Verschulden so viel vom Unterricht versäumt, dass die erfolgreiche Ablegung der Prüfung [Feststellungsprüfung] nicht zu erwarten ist, ist sie ihm vom Schulleiter auf mindestens acht, höchstens zwölf Wochen ... zu stunden (Nachtragsprüfung). ...

SchUG § 20 (4) Wenn ein Schüler an einer berufsbildenden mittleren oder höheren Schule im praktischen Unterricht oder an einer Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik oder für Sozialpädagogik in Kindergarten-, Hort- oder Heimpraxis oder Leibeserziehung oder Bewegungserziehung, Bewegung und Sport mehr als das Achtfache der wöchentlichen Stundenanzahl eines Pflichtgegenstandes in einem Unterrichtsjahr ohne eigenes Verschulden versäumt, ist ihm Gelegenheit zu geben, die in diesem Pflichtgegenstand geforderten Kenntnisse und Fertigkeiten durch eine Prüfung nachzuweisen, sofern er die Versäumnisse durch eine facheinschlägige praktische Tätigkeit nachgeholt hat. Ist das Nachholen dieser praktischen Tätigkeit während des Unterrichtsjahres nicht möglich, so hat dies in Form einer vierwöchigen facheinschlägigen Ferialpraxis zu erfolgen; in diesem Fall kann die Prüfung zu Beginn des folgenden Schuljahres abgelegt werden. Bei schuldhafem Versäumnis des Unterrichtes im genannten Ausmaß oder bei Nichtablegen der Prüfung ist der Schüler in diesem Pflichtgegenstand für die betreffende Schulstufe nicht zu beurteilen.

Feststellungsprüfung

- Ist die Beurteilung von Schüler/innen am Ende eines Unterrichtsjahres nicht möglich, weil Lehrer/innen Grundlagen für eine gesicherte Beurteilung fehlen, ist eine Feststellungsprüfung anzusetzen. Diese ist in Bewegung und Sport als praktische Prüfung durchzuführen (siehe Seite 10).
- Das Datum einer Feststellungsprüfung ist dem /der eigenberechtigten Schüler/in zwei Wochen zuvor bekannt zu geben; bei noch nicht volljährigen Schülern ist der Termin den Erziehungsberechtigten bekannt zu geben.
Es wird empfohlen, diese Mitteilung nachweislich zu erbringen (vor der Klasse, schriftliche Bestätigung des Schülers, bzw. der Erziehungsberechtigten,...), um für eine allfällige Berufung die rechtzeitige Information belegen zu können.
- Der genaue Prüfungsbeginn ist zumindest eine Woche zuvor bekannt zu geben (in der Regel im stundenplanmäßigen Unterricht). Der tatsächliche Prüfungsbeginn darf dann nicht um mehr als 60 Minuten verschoben werden.
- Die Dauer einer Feststellungsprüfung beträgt in der AHS 30 – 50 Minuten, in den anderen Schulformen jene Zeit, die für die Gewinnung der erforderlichen Beurteilungsgrundlage notwendig ist.
- Über Aufgabenstellung, Bearbeitung der Aufgaben und Beurteilung ist ein Protokoll zu führen (Prüfungsprotokoll)
- Fehlen bei einer Feststellungsprüfung: Fehlt der Schüler / die Schülerin bei der Feststellungsprüfung ungerechtfertigt, gibt es keinen neuerlichen Termin und die Jahresbeurteilung erfolgt mit „Nicht beurteilt“. Ein Aufsteigen in die nächste Klasse ist nicht möglich, ein Antreten zur Matura (wenn nicht mehr als ein „Nicht beurteilt“ bzw. ein „Nicht genügend“ im Zeugnis der Abschlussklasse vorhanden ist) mit einer Jahresprüfung im Rahmen der mündlichen Reifeprüfung allerdings schon (siehe Seite 17).

SCHUG § 20. (2) Wenn sich bei längerem Fernbleiben des Schülers vom Unterricht und in ähnlichen Ausnahmefällen auf Grund der nach § 18 Abs. 1 gewonnenen Beurteilung eine sichere Beurteilung für die ganze Schulstufe nicht treffen lässt, hat der Lehrer eine Prüfung durchzuführen, von der der Schüler zwei Wochen vorher zu verständigen ist (Feststellungsprüfung).
LBVO § 21. (1) Feststellungs- und Nachtragsprüfungen bestehen nach Maßgabe des Lehrplanes ...
d) aus einer praktischen Teilprüfung allein ...

SCHUG § 20. (2) Wenn sich bei längerem Fernbleiben des Schülers vom Unterricht und in ähnlichen Ausnahmefällen auf Grund der nach § 18 Abs. 1 gewonnenen Beurteilung eine sichere Beurteilung für die ganze Schulstufe nicht treffen lässt, hat der Lehrer eine Prüfung durchzuführen, von der der Schüler zwei Wochen vorher zu verständigen ist (Feststellungsprüfung).
SCHUG § 67: In den Angelegenheiten dieses Bundesgesetzes werden Schüler (Prüfungskandidaten), die nicht eigenberechtigt sind, soweit im Folgenden nicht anderes bestimmt ist, von den Erziehungsberechtigten vertreten.

Hinweis:
Die Eigenberechtigung wird mit der Volljährigkeit erreicht; das ist gem. ABGB § 21 mit der Vollendung des 18. Lebensjahres gegeben.

LBVO § 21. (5) Die Uhrzeit des Beginnes jeder Teilprüfung ist dem Schüler spätestens eine Woche vor dem Tag der Feststellungs- bzw. Nachtragsprüfung nachweislich bekannt zu geben. Der tatsächliche Beginn der Prüfung darf nicht später als 60 Minuten nach dem bekannt gegebenen Beginn erfolgen.

LBVO § 21. (4) ... Die Dauer einer praktischen Teilprüfung hat in den allgemeinbildenden Schulen 30 bis 50 Minuten zu betragen; bei den übrigen Schulen ist die für die Gewinnung der erforderlichen Beurteilungsgrundlage notwendige Zeit zur Verfügung zu stellen.

SCHUG § 20. (5) Über den Verlauf einer Feststellungsprüfung, einer Nachtragsprüfung und einer Prüfung gemäß Abs. 4, hat der Lehrer eine schriftliche Aufzeichnung zu führen.

LBVO § 21. (9) Einem Schüler, der am Antreten zu einer Feststellungs- oder Nachtragsprüfung gerechtfertigterweise gehindert ist, ist unverzüglich nach Wegfall des Hinderungsgrundes ein neuer Termin zu setzen. Der neue Termin darf nicht nach dem auf das zu beurteilende Unterrichtsjahr folgenden 30. November, ... liegen.
LBVO § 21. (11) Die Wiederholung einer Feststellungsprüfung ist nicht zulässig....

Gerechtfertigte Verhinderungen:

SCHUG § 45. (1) Das Fernbleiben vom Unterricht ist nur zulässig:

- a. bei gerechtfertigter Verhinderung (Abs. 2 und 3),
- b. bei Erlaubnis zum Fernbleiben (Abs. 4),
- c. bei Befreiung von der Teilnahme an einzelnen Unterrichtsgegenständen (§ 11 Abs. 6).

SCHUG § 45. (2) Eine gerechtfertigte Verhinderung ist insbesondere:
Krankheit des Schülers;

mit der Gefahr der Übertragung verbundene Krankheit von Hausangehörigen des Schülers;

Fehlt der Schüler / die Schülerin bei der Feststellungsprüfung gerechtfertigt, ist sofort nach Wegfall des Hinderungsgrundes ein neuerlicher Termin festzusetzen, der zwischen 8 und 12 Wochen nach dem ursprünglichen Termin liegen soll (in der Regel zu Beginn des nächsten Schuljahres). Bei neuerlicher Verhinderung ist ein neuer Termin bis spätestens 30. November zu setzen.

- Beurteilung einer Feststellungsprüfung: Die Note der Feststellungsprüfung gilt als Jahresnote, allerdings sind alle Leistungen des Schuljahres in die Beurteilung der Feststellungsprüfung einzubeziehen.

BEI SPERR
Hat eine Schülerin/ein Schüler im 1. Semester eine Note erhalten, im 2. Semester aber zu viele Fehlstunden, um eine gesicherte Beurteilung zu ermöglichen, so sind die Leistungen des 1. Semesters ebenso wie die erbrachten Leistungen des 2. Semesters bei der Beurteilung der Feststellungsprüfung zu berücksichtigen.

- Die Wiederholung einer Feststellungsprüfung ist nicht zulässig.
Es ist allerdings möglich, bei negativer Beurteilung zu einer Wiederholungsprüfung anzutreten, sofern die Bestimmungen der Wiederholungsprüfungen dies ermöglichen.

Nachtragsprüfung

- Nachtragsprüfungen sind nur dann durchzuführen, wenn zwei Bedingungen zusammentreffen:
 - Schüler/Innen haben ohne eigenes Verschulden so viel vom Unterricht versäumt, dass eine gesicherte Beurteilung nicht möglich ist und
 - die erfolgreiche Ablegung einer Feststellungsprüfung (siehe Seite 13) ist nicht wahrscheinlich.
 Die Prüfung muss beantragt werden.

In Bewegung und Sport werden Nachtragsprüfungen gemäß SchUG § 20. (3) kaum vorkommen, da Schüler/Innen, die ohne eigenes Verschulden viel vom Unterricht versäumen, meist befreit sind und

Krankheit der Eltern oder anderer Angehöriger, wenn sie vorübergehend der Hilfe des Schülers unbedingt bedürfen; außergewöhnliche Ereignisse im Leben des Schülers oder in der Familie des Schülers; Ungangbarkeit des Schulweges oder schlechte Witterung, wenn die Gesundheit des Schülers dadurch gefährdet ist; Dauer der Beschäftigungsverbote im Sinne der Bestimmungen über den Mutterschutz. SchUG § 45. (3) Der Schüler hat den Klassenvorstand oder den Schulleiter von jeder Verhinderung ohne Aufschub mündlich oder schriftlich unter Angabe des Grundes zu benachrichtigen. Auf Verlangen des Klassenvorstandes oder des Schulleiters hat die Benachrichtigung jedenfalls schriftlich zu erfolgen. Bei einer länger als eine Woche dauernden Erkrankung oder Erholungsbedürftigkeit oder bei häufigerem krankheitsbedingtem kürzerem Fernbleiben kann der Klassenvorstand oder der Schulleiter die Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses verlangen, sofern Zweifel darüber bestehen, ob eine Krankheit oder Erholungsbedürftigkeit gegeben war. SchUG § 45. (4) Auf Ansuchen des Schülers kann für einzelne Stunden bis zu einem Tag der Klassenvorstand, darüber hinaus der Schulleiter (der Abteilungsvorstand) die Erlaubnis zum Fernbleiben aus wichtigen Gründen erteilen.

LBVO § 21. (7) Die im Laufe des betreffenden Unterrichtsjahres beurteilten Leistungen sind in die nunmehr festzusetzende Beurteilung der Feststellungs- und Nachtragsprüfung einzubeziehen. ...

LBVO § 21. (11) Die Wiederholung einer Feststellungsprüfung ist nicht zulässig...

SchUG § 20. (3) Wenn ein Schüler ohne eigenes Verschulden so viel vom Unterricht versäumt, dass die erfolgreiche Ablegung der Prüfung [Feststellungsprüfung] nicht zu erwarten ist, ist sie ihm vom Schulleiter auf mindestens acht, höchstens zwölf Wochen ... zu stunden (Nachtragsprüfung). ...
LBVO § 21. (1) Feststellungs- und Nachtragsprüfungen bestehen ...
d) aus einer praktischen Teilprüfung allein ...

die versäumten Leistungen daher nicht nachzubringen sind.

- Die Dauer einer Nachtragsprüfung beträgt in der AHS 30 – 50 Minuten, in den anderen Schulformen jene Zeit, die für die Gewinnung der erforderlichen Beurteilungsgrundlage notwendig ist.
- Über Aufgabenstellung, Bearbeitung der Aufgaben und Beurteilung ist ein Protokoll zu führen (Prüfungsprotokoll)
- Beurteilung einer Nachtragsprüfung: Die Note der Nachtragsprüfung gilt als Jahresnote, allerdings sind alle Leistungen des Schuljahres bei der Beurteilung der Nachtragsprüfung zu berücksichtigen.
- Die Wiederholung einer Nachtragsprüfung ist auf Antrag der Schülerin / des Schülers innerhalb von zwei Wochen möglich.

Wiederholungsprüfung

- Erfolgt eine Jahresbeurteilung mit „Nicht genügend“ ist eine Wiederholungsprüfung möglich, sofern nicht die Bestimmungen zur Wiederholungsprüfung dagegensprechen. In Bewegung und Sport ist eine Wiederholungsprüfung als praktische Prüfung durchzuführen.
- Die Dauer einer Wiederholungsprüfung beträgt in der AHS 30 – 50 Minuten, in den anderen Schulformen jene Zeit, die für die Gewinnung der erforderlichen Beurteilungsgrundlage notwendigen Zeit.
- Der Prüfungsstoff bezieht sich auf den gesamten Lehrstoff des vergangenen Schuljahres.
- In die Leistungen der Wiederholungsprüfungen sind die Jahresleistungen des vergangenen Schuljahres nicht einzubeziehen, allerdings kann die Beurteilung höchstens mit „Befriedigend“ erfolgen.

LBVO § 21. (4) ... Die Dauer einer praktischen Teilprüfung hat in den allgemeinbildenden Schulen 30 bis 50 Minuten zu betragen; bei den übrigen Schulen ist die für die Gewinnung der erforderlichen Beurteilungsgrundlage notwendige Zeit zur Verfügung zu stellen.

SchUG § 20. (5) Über den Verlauf einer Feststellungsprüfung, einer Nachtragsprüfung und einer Prüfung gemäß Abs. 4, hat der Lehrer eine schriftliche Aufzeichnung zu führen.

LBVO § 21. (7) Die im Laufe des betreffenden Unterrichtsjahres beurteilten Leistungen sind in die nunmehr festzusetzende Beurteilung der Feststellungs- und Nachtragsprüfung einzubeziehen. ...

SchUG § 20. (3) ... Hat der Schüler die Nachtragsprüfung nicht bestanden, ist er auf Antrag innerhalb von zwei Wochen zu einer Wiederholung der Nachtragsprüfung zuzulassen ...

LBVO § 21. (11) ... Auf Antrag des Schülers ist dieser zu einer einmaligen Wiederholung der Nachtragsprüfung innerhalb von zwei Wochen zuzulassen; die Abs. 1 bis 9 finden Anwendung.

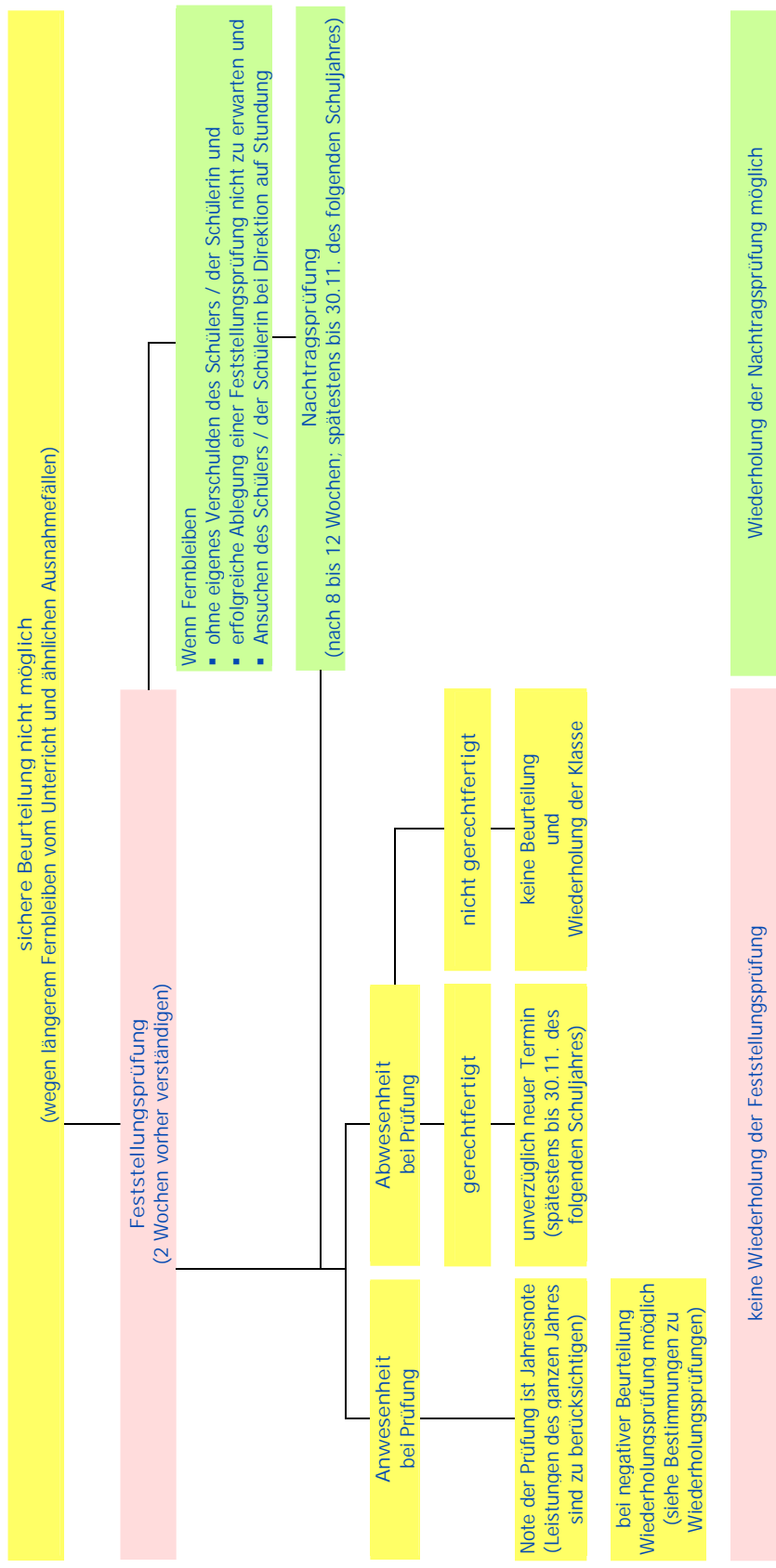
LBVO § 22. (1) Wiederholungsprüfungen bestehen nach Maßgabe des Lehrplanes ...
d) aus einer praktischen Teilprüfung allein ...

LBVO § 22. (6) ... Die Dauer einer praktischen Teilprüfung hat in den allgemeinbildenden Schulen 30 bis 50 Minuten zu betragen. Bei den übrigen Schulen ist für die praktische Teilprüfung die für die Gewinnung der erforderlichen Beurteilungsgrundlage notwendige Zeit zur Verfügung zu stellen.

LBVO § 22 (12) Die Wiederholungsprüfungen haben sich auf den Lehrstoff des betreffenden Unterrichtsgegenstandes auf der ganzen Schulstufe zu beziehen.

LBVO § 22 (9) ... In die neu festzusetzende Jahresbeurteilung ist ... die bisherige Jahresbeurteilung mit „Nicht genügend“ soweit einzubeziehen, dass sie die Entscheidung, dass die Wiederholungsprüfung positiv abgelegt wurde, nicht beeinträchtigt, dass jedoch die neu festzusetzende Jahresbeurteilung andererseits höchstens mit „Befriedigend“ festgelegt werden kann.

Übersicht: Leistungsbeurteilung bei unzureichenden Beurteilungsgrundlagen



Jahresprüfung im Rahmen der Reifeprüfung (Abschlussprüfung)

- ☑ Sind Schüler/innen in der Abschlussklasse nur in Bewegung und Sport negativ (und hatten im Vorjahr zumindest Befriedigend) bzw. nicht beurteilt, sind sie berechtigt zu einer Jahresprüfung im Rahmen der Abschlussprüfung (Reifeprüfung) anzutreten.

SchUG § 36a. (1) Zur Ablegung der Hauptprüfung sind alle Prüfungskandidaten berechtigt, die die letzte lehrplanmäßig vorgesehene Schulstufe erfolgreich abgeschlossen haben; im Falle des § 25 Abs. 1 letzter Satz ist der Prüfungskandidat berechtigt, im Rahmen der abschließenden Prüfung eine Prüfung (Jahresprüfung) aus dem mit „Nicht genügend“ beurteilten Pflichtgegenstand abzulegen. Weiters sind zur Ablegung der Hauptprüfung jene Prüfungskandidaten berechtigt, die die letzte lehrplanmäßig vorgesehene Schulstufe nicht erfolgreich abgeschlossen haben und in dieser Schulstufe in höchstens einem Pflichtgegenstand nicht oder mit „Nicht genügend“ beurteilt worden sind; diesfalls hat der Prüfungskandidat im Rahmen der abschließenden Prüfung eine Prüfung (Jahresprüfung) aus dem betreffenden Pflichtgegenstand abzulegen. Sofern die folgenden Bestimmungen nicht anderes anordnen, finden auf die Durchführung von Jahresprüfungen § 37 Abs. 1, 3 und 7 sowie § 40 sinngemäß Anwendung. Die Jahresprüfung ist insoweit nicht abzulegen, als der betreffende Pflichtgegenstand ein Prüfungsgebiet der Hauptprüfung bildet. SchUG § 25. (1) ... Eine Schulstufe gilt auch dann als erfolgreich abgeschlossen, wenn bei Wiederholen von Schulstufen das Jahreszeugnis in höchstens einem Pflichtgegenstand die Note „Nicht genügend“ enthält und dieser Pflichtgegenstand vor der Wiederholung der Schulstufe zumindest mit „Befriedigend“ beurteilt wurde.

- ☑ Die Aufgabenstellung erfolgt durch die Lehrkraft, wobei zu beachten ist, dass der Schüler / die Schülerin
 - die Kenntnisse zum Gegenstand,
 - Zusammenhänge zwischen verschiedenen Sachgebieten,
 - eigenständiges Denken und die
 - Anwendung des Lehrstoffes nachweisen kann.

Wurde die Reifeprüfung nicht bestanden, kann die Prüfung höchstens dreimal wiederholt werden.

Jahresprüfung im Rahmen der AHS-Reifeprüfung

- ☑ Bei einer Jahresprüfung werden nur die Leistungen im Rahmen dieser Prüfung beurteilt.

- ☑ Im Rahmen der AHS-Reifeprüfung hat eine praktische Jahresprüfung in Bewegung und Sport aus ein oder zwei Aufgaben aus den schwerpunktmäßig durchgenommenen Übungsbereichen zu bestehen.

SchUG § 37 (2) Die Aufgabenstellungen sind wie folgt zu bestimmen: ...

5. für Jahresprüfungen durch den Prüfer

SchUG § 37 (3) Die Prüfung ist so zu gestalten, dass der Prüfungskandidat bei der Lösung der Aufgaben seine Kenntnisse des Prüfungsgebietes, seine Einsicht in die Zusammenhänge zwischen verschiedenen Sachgebieten sowie seine Eigenständigkeit im Denken und in der Anwendung des Lehrstoffes nachweisen kann.

SchUG § 40. (1) Wurde die Beurteilung der abschließenden Prüfung mit „nicht bestanden“ festgesetzt (§ 38 Abs. 3 Z 4), so ist der Prüfungskandidat höchstens drei Mal zur Wiederholung der negativ beurteilten Teilprüfungen zuzulassen.

SchUG § 40. (5) Der Schulleiter hat auf Antrag des Prüfungskandidaten diesem einen konkreten Prüfungstermin zuzuweisen.

SchUG § 40. (1) Wurde die Beurteilung der abschließenden Prüfung mit „nicht bestanden“ festgesetzt (§ 38 Abs. 3 Z 4), so ist der Prüfungskandidat höchstens drei Mal zur Wiederholung der negativ beurteilten Teilprüfungen zuzulassen.

SchUG § 40. (5) Der Schulleiter hat auf Antrag des Prüfungskandidaten diesem einen konkreten Prüfungstermin zuzuweisen.

RPVO AHS § 31 (Durchführung der praktischen Klausurarbeit einer Jahresprüfung) Auf die Durchführung der allfälligen praktischen Klausurarbeiten ist § 36 anzuwenden.

RPVO AHS § 36 (5) Die Prüfung ist so zu gestalten, dass der Prüfungskandidat bei der Lösung der Aufgaben seine Kenntnisse des Prüfungsgebiets, seine Einsicht in die Zusammenhänge zwischen verschiedenen Sachgebieten sowie seine Eigenständigkeit im Denken und in der Anwendung des Lehrstoffes nachweisen kann.

RPVO AHS § 27 Die für die praktischen Klausurarbeiten fachlich zuständigen Prüfer haben jeweils eine Aufgabenstellung vorzuschlagen, und zwar: ...

2. für die praktische Klausurarbeit in Bewegung und Sport mit ein oder zwei Aufgaben aus den schwerpunktmäßig durchgenommenen Übungsbereichen (zB Gerätturnen).

...Im übrigen ist § 26 Abs. 1 erster Satz und Abs. 2 sinngemäß anzuwenden.

RPVO AHS § 26 (1) Die für die einzelnen schriftlichen Klausurarbeiten fachlich zuständigen Prüfer haben jeweils einen Vorschlag für die Aufgabenstellungen auszuarbeiten, zu unterfertigen und unter Gewährleistung der Geheimhaltung zusammen mit den Unterlagen gemäß Abs. 3 sowie einer der Zahl der Prüfungskandidaten entsprechenden Anzahl von Abschriften persönlich dem Schulleiter zu übergeben. ...

RPVO AHS § 26 (2) Die Aufgabenstellungen dürfen im Unterricht nicht so weit vorbereitet sein, dass ihre Bearbeitung keine selbständige Leistung erfordert. Hingegen müssen die Arbeitsformen im Unterricht ausreichend geübt worden sein.

- Die Dauer einer praktischen Jahresprüfung (AHS) entspricht den Bestimmungen für mündliche Prüfungen und hat zwischen 5 und 15 Minuten zu dauern.

RPVO AHS § 31 (Durchführung der praktischen Klausurarbeit einer Jahresprüfung) Auf die Durchführung der allfälligen praktischen Klausurarbeiten ist § 36 anzuwenden.
 RPVO AHS § 36 (3) Zur Vorbereitung auf jede Teilprüfung ist jedem Prüfungskandidaten eine angemessene Frist, insbesondere bei graphischen oder praktischen Aufgabenstellungen, mindestens jedoch 20 Minuten, einzuräumen.
 RPVO AHS § 36 (6) ... Die Prüfungszeit darf für eine Teilprüfung 15 Minuten nicht überschreiten und fünf Minuten nicht unterschreiten. ...

Jahresprüfung im Rahmen einer BMHS- bzw. BAKIP-Reifeprüfung (Abschlussprüfung)

- Die Regelungen sind nur sehr vage und für Bewegung und Sport nur bedingt anwendbar.
- Die Dauer einer Jahresprüfung in Bewegung und Sport (BMHS, BAKIP) hat jene Zeit zu umfassen, die für eine sichere Beurteilung erforderlich ist (höchstens acht Stunden!).
Für die Vorbereitung ist eine angemessene Zeit zu gewähren.
- Die Prüfung umfasst den Lehrstoff des letzten Jahres und dem Kandidaten / der Kandidatin sind schriftlich mindestens zwei voneinander unabhängige Aufgaben zu stellen.

PO BMHS § 5 (2) ident PO BAKIP § 5 (2) Die Jahres- bzw. Semesterprüfung ist im Rahmen der Hauptprüfung ...
 2. als bis zu achtstündige Klausurarbeit mit grafischen und/oder praktischen Anteilen abzulegen, wenn im Lehrplan der letzten Schulstufe des betreffenden Pflichtgegenstandes der Nachweis eines bestimmten Könnens zu erbringen ist, ohne dass dieser Nachweis ausschließlich in mündlicher oder in schriftlicher Form erbracht werden kann.
 PO BMHS § 5 (4) ident PO BAKIP § 5 (4) Wird die Jahres- bzw. Semesterprüfung in Form einer grafischen und/oder praktischen Klausurarbeit abgelegt, so ist nach Bekanntgabe der Aufgabenstellung eine angemessene Vorbereitungszeit vorzusehen.
 PO BMHS § 5 (5) ident PO BAKIP § 5 (5) § 9 Abs. 2, § 10 Abs. 1 Z 1 und Abs. 2 sowie § 11 Abs. 1, 7 und 9 finden sinngemäß Anwendung.

PO BMHS § 5 (1) ident PO BAKIP § 5 (1) Eine allfällige Jahres- bzw. Semesterprüfung umfasst den für die letzte Schulstufe vorgesehenen Lehrstoff des betreffenden Pflichtgegenstandes.
 PO BMHS § 9 (2) ident PO BAKIP § 9 (2) Sofern Abs. 3 nicht anderes bestimmt hat die dem Prüfungskandidaten schriftlich vorzulegende Aufgabenstellung mindestens zwei voneinander unabhängige Aufgaben zu enthalten.

Nichtteilnahme am Unterricht

- Das Schulleicht sieht folgende Möglichkeiten der Nichtteilnahme am Unterricht in Bewegung und Sport vor:
- Gerechtfertigte Verhinderung
 - Erlaubnis zum Fernbleiben
 - Befreiung
- ad.a)
Gerechtfertigte Verhinderungen sind:
- Krankheit;
 - mit der Gefahr der Übertragung verbundene Krankheit von Hausangehörigen;
 - Krankheit von Hausangehörigen;
 - Krankheit der Eltern oder anderer Angehöriger, wenn sie vorübergehend der Hilfe des Schülers / der Schülerin unbeding bedürfen;
 - außergewöhnliche Ereignisse im Leben des Schülers / der Schülerin oder in deren Familie;
 - Ungangbarkeit des Schulweges oder schlechte Witterung, wenn die Gesundheit des Schülers / der Schülerin dadurch gefährdet ist;
 - Dauer der Beschäftigungsverbote im Sinne der Bestimmungen über den Mutterschutz.
- ad.b)
Die Erlaubnis zum Fernbleiben kann aus wichtigen Gründen gewährt werden. Voraussetzung ist ein Ansuchen des Schülers / der Schülerin. Bis zu einem Tag entscheidet der Klassenvorstand, darüber hinaus der / die Schulleiter/in (Abteilungsleiter/in).
- ad.c)
Eine Befreiung wird auf Ansuchen des Schülers / der Schülerin vom Schulleiter / der Schulleiterin gewährt.
(Details siehe Seite 20)

SchUG § 45. (1) Das Fernbleiben vom Unterricht ist nur zulässig:

- bei gerechtfertigter Verhinderung (Abs. 2 und 3),
- bei Erlaubnis zum Fernbleiben (Abs. 4),
- bei Befreiung von der Teilnahme an einzelnen Unterrichtsgegenständen (§ 11 Abs. 6).

SchUG § 45. (2) Eine gerechtfertigte Verhinderung ist insbesondere:

- Krankheit des Schülers;
- mit der Gefahr der Übertragung verbundene Krankheit von Hausangehörigen des Schülers;
- Krankheit der Eltern oder anderer Angehöriger, wenn sie vorübergehend der Hilfe des Schülers unbedingt bedürfen;
- außergewöhnliche Ereignisse im Leben des Schülers oder in der Familie des Schülers;
- Ungangbarkeit des Schulweges oder schlechte Witterung, wenn die Gesundheit des Schülers dadurch gefährdet ist;
- Dauer der Beschäftigungsverbote im Sinne der Bestimmungen über den Mutterschutz.

SchUG § 45. (4) Auf Ansuchen des Schülers kann für einzelne Stunden bis zu einem Tag der Klassenvorstand, darüber hinaus der Schulleiter (der Abteilungsvorstand) die Erlaubnis zum Fernbleiben aus wichtigen Gründen erteilen.

SchPflIG § 9. (1) Die in eine im § 5 genannte Schule aufgenommenen Schüler haben den Unterricht während der vorgeschriebenen Schulzeit regelmäßig und pünktlich zu besuchen, auch am Unterricht in den unverbindlichen Lehrgegenständen, für die sie zu Beginn des Schuljahres angemeldet wurden, regelmäßig teilzunehmen und sich an den verpflichtend vorgeschriebenen sonstigen Schulveranstaltungen zu beteiligen.

SchPflIG § 9. (2) Ein Fernbleiben von der Schule ist während der Schulzeit nur im Falle gerechtfertigter Verhinderung des Schülers zulässig.

SchPflIG § 9. (3) Als Rechtfertigungsgründe für die Verhinderung gelten insbesondere:

- Erkrankung des Schülers,
 - mit der Gefahr der Übertragung verbundene Erkrankungen von Hausangehörigen des Schülers,
 - Erkrankung der Eltern oder anderer Angehöriger, wenn sie der Hilfe des Schülers bedürfen,
 - außergewöhnliche Ereignisse im Leben des Schülers, in der Familie oder im Hauswesen des Schülers,
 - Ungangbarkeit des Schulweges oder schlechte Witterung, wenn die Gesundheit des Schülers dadurch gefährdet ist.
- SchPflIG § 9. (4) Die Verwendung von Schülern zu häuslichen, landwirtschaftlichen, gewerblichen oder sonstigen Arbeiten sowie die Mitnahme von Schülern auf die Wanderschaft durch Personen, die eine Wanderbeschäftigung ausüben, ist nicht als Rechtfertigungsgrund für eine Verhinderung anzusehen.

SchUG § 11 (6) Auf Ansuchen des Schülers oder von Amts wegen hat der Schulleiter einen Schüler von der Teilnahme an einzelnen Pflichtgegenständen und verbindlichen Übungen zu befreien, wenn dieser aus gesundheitlichen Gründen daran nicht teilnehmen kann. Der Schulleiter kann im Zweifelsfall hierfür die Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses verlangen.

Alltagsfälle einer Nichtteilnahme am Unterricht

In der Praxis treten vor allem folgende Fälle häufig auf:

- Erkrankung (Schüler/in fehlt auch in den anderen Unterrichtsstunden)
- Indisponiertheit (Schüler/in kann am Unterricht aus Bewegung und Sport kurzfristig nicht teilnehmen; z.B. Verköhlung)
- Verletzungen, Allergien (Schüler/in kann am Unterricht aus Bewegung und Sport längere Zeit nicht teilnehmen)

Erkrankung:

Eine Erkrankung ist als gerechtfertigte Verhinderung anzusehen.

Indisponiertheit:

Bei Indisponiertheit (Verköhlung, Übelkeit etc.) kann der Schüler / die Schülerin um Erlaubnis zum Fernbleiben ersuchen, welche vom Klassenvorstand (in der Volksschule vom Klassenlehrer / von der Klassenlehrerin) erteilt werden kann, aber nicht muss. Hier ist im Einzelfall (allenfalls nach Rücksprache mit der Fachlehrkraft für Bewegung und Sport) zu entscheiden, ob die Erlaubnis erteilt wird oder nicht. Kriterien für die Entscheidung sind einerseits die Schwere der Indisponiertheit und andererseits die in der konkreten Stunde vermittelten Lernziele. Bei vorwiegend praktischen Inhalten wird eine Erlaubnis zum Fernbleiben eher erteilt werden können als in jenen Fällen, wo auch theoretische Inhalte vermittelt werden sollen.

Zu Beachten sind darüber hinaus die Bestimmungen zur Aufsichtspflicht.

Verletzungen, Allergien:

Bei Verletzungen, Allergien und ähnlichen Verhinderungsgründen, welche längerfristig (Empfehlung: 2 Wochen) eine aktive Teilnahme am Pflichtgegenstand Bewegung und Sport verhindern, kann vom Schulleiter / von der Schulleiterin eine Befreiung von der Teilnahme am Pflichtgegenstand Bewegung

SchUG § 45. (1) Das Fernbleiben vom Unterricht ist nur zulässig:

a. bei gerechtfertigter Verhinderung (Abs. 2 und 3),

SchUG § 45. (2) Eine gerechtfertigte Verhinderung ist insbesondere:

Krankheit des Schülers; ...

SchPflG § 9. (3) Als Rechtfertigungsgründe für die Verhinderung gelten insbesondere:

1. Erkrankung des Schülers, ...

SchUG § 45. (1) Das Fernbleiben vom Unterricht ist nur zulässig: ...

b. bei Erlaubnis zum Fernbleiben (Abs. 4), ...

SchUG § 45. (4) Auf Ansuchen des Schülers kann für einzelne Stunden bis zu einem Tag der Klassenvorstand, darüber hinaus der Schulleiter (der Abteilungsvorstand) die Erlaubnis zum Fernbleiben aus wichtigen Gründen erteilen.

SchPflG § 9. (6) Im übrigen kann die Erlaubnis zum Fernbleiben aus begründetem Anlaß für einzelne Stunden bis zu einem Tag der Klassenlehrer (Klassenvorstand) und für mehrere Tage bis zu einer Woche der Schulleiter erteilen. Die Entscheidung des Klassenlehrers (Klassenvorstandes) bzw. des Schulleiters ist im Instanzenzug der Verwaltung durch Rechtsmittel nicht anfechtbar. Für die Erlaubnis zu längerem Fernbleiben ist die Schulbehörde erster Instanz, für die allgemeinbildenden Übungsschulen jedoch der Bezirksschulrat zuständig, gegen deren Entscheidung kein ordentliches Rechtsmittel zulässig ist.

SchUG § 45 (1) Das Fernbleiben vom Unterricht ist nur zulässig: ...

c. bei Befreiung von der Teilnahme an einzelnen Unterrichtsgegenständen (§ 11 Abs. 6).

SchUG § 11 (6) Auf Ansuchen des Schülers oder von Amts wegen hat der Schulleiter einen Schüler von der Teilnahme an einzelnen Pflichtgegenständen und verbindlichen Übungen zu befreien, wenn dieser aus gesundheitlichen Gründen daran nicht teilnehmen kann. Der Schulleiter kann im Zweifelsfall hierfür die Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses verlangen. Der zuständige Bundesminister hat durch Verordnung nach den Aufgaben der einzelnen Schularten festzulegen, in welchen Pflichtgegenständen eine solche Befreiung ohne oder mit Auflage von Prüfungen und für welche Höchstdauer ohne Verlust der Eigenschaft eines ordentlichen Schülers zulässig ist.

und Sport ausgesprochen werden.

Bei der Gewährung der Befreiung ist ein strenger Maßstab anzulegen und die Befreiung nur auf den tatsächlichen Zeitraum der Verhinderung zu begrenzen. Darüber hinaus hat der Schulleiter / die Schulleiterin darauf Bedacht zu nehmen, dass eine ausreichende körperliche Durchbildung der Schüler/innen von größter Wichtigkeit ist.

Die Befreiung eines Schülers / einer Schülerin darf ausschließlich aus gesundheitlichen Gründen, die eine Teilnahme am Unterricht nicht zulassen, erfolgen.

In Schulen mit sportlichem Schwerpunkt dürfen Befreiungen höchstens für 12 Monate ausgesprochen werden und nach Ende des befreiten Zeitraumes ist über die versäumten Inhalte eine Prüfung analog den Feststellungs- und Nachtragsprüfungen abzulegen.

VO-Befreiung § 1 (1) Schüler, die durch ein körperliches Gebrechen an der Teilnahme am Unterricht in einzelnen Pflichtgegenständen oder verbindlichen Übungen wesentlich behindert sind oder deren Gesundheit durch die Teilnahme gefährdet wäre, sind nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen von der Teilnahme am Unterricht zu befreien, wobei die Eigenschaft eines ordentlichen Schülers nicht verloren wird, soweit die Befreiung die in den §§ 2 bis 5 gesetzten Fristen nicht übersteigt und all fällig dort vorgeschriebene Prüfungen abgelegt werden.

VO-Befreiung § 1 (2) Bei der Gewährung von Befreiungen ist ein strenger Maßstab anzulegen. Es ist dabei zu erwägen, ob dem Schüler bei einer individuellen Behandlung, insbesondere bei Nachsicht bestimmter Fertigkeitseleistungen, die Teilnahme am Unterricht möglich wäre. Im Pflichtgegenstand Bewegung und Sport und in der verbindlichen Übung Bewegung und Sport ist darauf Bedacht zu nehmen, dass die körperliche Durchbildung aller Schüler, insbesondere der schwächeren oder behinderten, aus medizinischen und pädagogischen Gründen von größter Wichtigkeit ist.

VO-Befreiung § 1 (3) Die Befreiung ist für die voraussichtliche Dauer der Behinderung zu gewähren. Ist ein Schüler in einem Schuljahr von der Teilnahme am Unterricht in einzelnen Pflichtgegenständen oder verbindlichen Übungen befreit und besteht der Behinderungsgrund über die Dauer eines Schuljahres hinaus, so ist am Beginn eines jeden Schuljahres zu überprüfen, ob der Behinderungsgrund noch vorliegt. Nach Wegfall des Behinderungsgrundes ist die Befreiung aufzuheben.

VO-Befreiung § 2 (1) An allgemeinbildenden Pflichtschulen können folgende Befreiungen gewährt werden:

- a) in den Pflichtgegenständen ... Bewegung und Sport ...
- b) in der verbindlichen Übung... Bewegung und Sport.

VO-Befreiung § 2 (2) Im Pflichtgegenstand ... Bewegung und Sport an der Hauptschule unter besonderer Berücksichtigung der sportlichen Ausbildung kann die Befreiung bis zu einem Höchstausmaß von zwölf Monaten gewährt werden. Nach Wegfall des Behinderungsgrundes ist eine Prüfung über den während der Befreiung durchgenommenen Lehrstoff abzulegen. Für die Durchführung der Prüfung sind die Bestimmungen über die Feststellungs- und Nachtragsprüfung (§ 20 Abs. 2 und 3 des Schulunterrichtsgesetzes) sinngemäß anzuwenden.

VO-Befreiung § 3 (1) An allgemeinbildenden höheren Schulen können in folgenden Pflichtgegenständen Befreiungen gewährt werden: ... Bewegung und Sport.

VO-Befreiung § 3 (2) Die Befreiung kann für ständig ohne die Auflage von Prüfungen gewährt werden im Pflichtgegenstand ... Berücksichtigung der sportlichen Ausbildung.

VO-Befreiung § 3 (4) Die Befreiung kann gewährt werden bis zu einem Höchstausmaß von zwölf Monaten im Pflichtgegenstand ... Bewegung und Sport am Realgymnasium und Oberstufenrealgymnasium unter besonderer Berücksichtigung der sportlichen Ausbildung.

Nach Wegfall des Behinderungsgrundes ist eine Prüfung über den während der Befreiung durchgenommenen Lehrstoff abzulegen. Für die Durchführung der Prüfung sind die Bestimmungen über die Feststellungs- und Nachtragsprüfung (§ 20 Abs. 2 und 3 des Schulunterrichtsgesetzes) sinngemäß anzuwenden.

VO-Befreiung § 4 (1) An berufsbildenden Schulen kann die Befreiung in allen Pflichtgegenständen bis zu einem Höchstausmaß von sechs Monaten gewährt werden, soweit nicht Abs. 2 Anwendung findet. Nach Wegfall des Behinderungsgrundes ist eine Prüfung über den während der Befreiung durchgenommenen Lehrstoff abzulegen. Für die Durchführung der Prüfung sind die Bestimmungen über die Feststellungs- und Nachtragsprüfung (§ 20 Abs. 2 und 3 des Schulunterrichtsgesetzes) sinngemäß anzuwenden.

VO-Befreiung § 4 (3) Im Pflichtgegenstand Bewegung und Sport kann eine Befreiung für ständig ohne die Auflage von Prüfungen gewährt werden.

Information des Klassenvorstandes:

Schüler/innen müssen jede Verhinderung unverzüglich dem Klassenvorstand oder dem Schulleiter / der Schulleiterin mitteilen und dabei den Grund der Verhinderung angeben.

Im Krankheitsfall kann dazu ein ärztliches Zeugnis verlangt werden.

Die Begründung des Fernbleibens vom Unterricht muss auf Verlangen schriftlich erfolgen.

Eine rückwirkende Befreiung ist nicht möglich.

SchUG § 45 (3) Der Schüler hat den Klassenvorstand oder den Schulleiter von jeder Verhinderung ohne Aufschiebung mündlich oder schriftlich unter Angabe des Grundes zu benachrichtigen. Auf Verlangen des Klassenvorstandes oder des Schulleiters hat die Benachrichtigung jedenfalls schriftlich zu erfolgen. Bei einer länger als eine Woche dauernden Erkrankung oder Erholungsbedürftigkeit oder bei häufigerem krankheitsbedingtem kürzerem Fernbleiben kann der Klassenvorstand oder der Schulleiter die Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses verlangen, sofern Zweifel darüber bestehen, ob eine Krankheit oder Erholungsbedürftigkeit gegeben war.

Konsequenzen einer Nichtteilnahme für die Beurteilung

Erkrankung / Indisponiertheit:

Der Lehrstoff muss „nachgeholt“ werden. Die Beurteilung umfasst auch jene Lehrstoffgebiete, welche krankheitsbedingt versäumt wurden. Kann der Lehrer / die Lehrerin auf Grund längerer Fernbleibens keine sichere Beurteilung treffen, hat er / sie eine Feststellungsprüfung durchzuführen. (siehe Seite 13)
 Wenn ein/e Schüler/in auf Grund von Erkrankungen so viel vom Unterricht versäumt hat, dass die erfolgreiche Ablegung der Feststellungsprüfung nicht zu erwarten ist, ist sie ihm vom Schulleiter / von der Schulleiterin auf Antrag zu stunden (Nachtragsprüfung; siehe Seite 14).

Verletzungen, Allergien:

Über die Lehrstoffinhalte, die in den Zeitraum der Befreiung fallen, ist keine Leistungsfeststellung durchzuführen und keine Beurteilung vorzunehmen. Die Lehrkraft hat im Einzelfall zu entscheiden, ob an Hand der übrigen, vom Zeitraum der Befreiung nicht erfassten, Leistungen bzw. Leistungsfeststellungen eine Jahresbeurteilung getroffen werden kann. Dabei sind allfällige körperliche Beeinträchtigungen zu berücksichtigen soweit die Bildungs- und Lehraufgaben des Lehrplanes grundsätzlich erreicht werden. (siehe Seite 7)

Kann die Lehrkraft keine Beurteilung treffen, so ist der Schüler / die Schülerin nicht zu beurteilen und erhält den Zeugnisvermerk „Befreit“.

SchUG § 20. (2) Wenn sich bei längerem Fernbleiben des Schülers vom Unterricht und in ähnlichen Ausnahmefällen auf Grund der nach § 18 Abs. 1 gewonnenen Beurteilung eine sichere Beurteilung für die ganze Schulstufe nicht treffen lässt, hat der Lehrer eine Prüfung durchzuführen, von der der Schüler zwei Wochen vorher zu verständigen ist (Feststellungsprüfung).
 SchUG § 20. (3) Wenn ein Schüler ohne eigenes Verschulden so viel vom Unterricht versäumt, dass die erfolgreiche Ablegung der Prüfung [Feststellungsprüfung] nicht zu erwarten ist, ist sie ihm vom Schulleiter auf mindestens acht, höchstens zwölf Wochen ... zu stunden (Nachtragsprüfung). ...

SchUG § 18 (6) Schüler, die wegen einer körperlichen Behinderung eine entsprechende Leistung nicht erbringen können oder durch die Leistungsfeststellung gesundheitlich gefährdet wären, sind entsprechend den Forderungen des Lehrplanes unter Bedachtnahme auf den wegen der körperlichen Behinderung bzw. gesundheitlichen Gefährdung erreichbaren Stand des Unterrichtserfolges zu beurteilen, soweit die Bildungs- und Lehraufgabe des betreffenden Unterrichtsgegenstandes grundsätzlich erreicht wird.

ZFVO § 3. (1) In das Jahreszeugnis (Anlage 2) sind folgende Vermerke mit der erforderlichen Ergänzung aufzunehmen: ...
 10. wenn die Beurteilung des Schülers in einem Pflichtgegenstand wegen Befreiung von der Teilnahme an diesem Pflichtgegenstand gemäß § 11 Abs. 6 oder 7 des Schulunterrichtsgesetzes oder gemäß § 23 des Schulpflichtgesetzes 1985 nicht möglich war:
 „Er/Sie wurde von der Teilnahme am Pflichtgegenstand. gemäß § 11 Abs. 6/Abs. 7 des Schulunterrichtsgesetzes/gemäß § 23 des Schulpflichtgesetzes 1985 befreit.“ ...

Übersicht: Ursachen und Konsequenzen für eine Nichtteilnahme am Unterricht

Ursachen und Konsequenzen für eine Nichtteilnahme am Unterricht			
Grund	Erkrankung	Indisponiertheit	längere Verletzung, Allergien
<i>Beschreibung</i>	Schüler/in fehlt auch in den anderen Unterrichtsgegenständen	Schüler/in kann kurzfristig am Unterricht aus Bewegung und Sport nicht aktiv teilnehmen.	Schüler/in kann langfristig am Unterricht aus Bewegung und Sport nicht aktiv teilnehmen.
<i>rechtliche Relevanz</i>	SchUG §45 (1) a. „gerechtfertigte Verhinderung“	SchUG §45 (1) b. „Erlaubnis zum Fernbleiben“ möglich: nur wenn überwiegend aktive Teilnahme im Unterricht erforderlich wäre.	SchUG §45 (1) c. „Befreiung“ möglich: nur wenn überwiegend aktive Teilnahme im Unterricht erforderlich
<i>Zuständigkeit</i>	Klassenvorstand	Klassenvorstand, Direktion, Absprache mit Fachlehrer/in	Direktion, ev. Absprache mit Fachlehrer/in
<i>Auflagen</i>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unverzügliche Information des Klassenvorstandes ▪ ev. ärztl. Zeugnis 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unverzügliche Information d. Fachlehrers / -lehrerin 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ ausschließlich gesundheitliche Gründe ▪ strenger Maßstab ▪ in sportl. Schwerpunktschulen max. 12 Monate
<i>Konsequenzen für Beurteilung</i>	Versäumter Lehrstoff ist nachzuholen	Versäumter Lehrstoff ist nachzuholen	Versäumter Lehrstoff ist nicht nachzuholen
<i>wenn Beurteilung wegen langer Absenz nicht möglich:</i>	Nachtragsprüfung	Feststellungsprüfung	Zeugnisvermerk „Befreit“

Abkürzungen:

ABGB: Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
 LBVO: Leistungsbeurteilungsverordnung
 PO BAKIP: Prüfungsordnung Bildungsanstalten
 PO BMHS: Prüfungsordnung BMHS
 RPVO: Verordnung über die Reifeprüfung in den allgemein bildenden höheren Schulen
 SchO: Verordnung betreffend die Schulordnung
 SchOG: Schulorganisationsgesetz
 SchPflG: Schulpflichtgesetz
 SchUG: Schulunterrichtsgesetz
 VO-Befreiung: Verordnung über die Befreiung von der Teilnahme an einzelnen Pflichtgegenständen und verbindlichen Übungen
 ZFVO: Verordnung des Bundesministers für Unterricht, Kunst und Sport über die Gestaltung von Zeugnisformularen (Zeugnisformularverordnung)